



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

85 | 24.03.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

welche Bedeutung Kultur und Bildung gerade in den Stadtteilen für uns haben, geht unter anderem aus der Unterstützung örtlicher Buchhandlungen bei der Beschaffung von Medien für Hannovers Stadtbibliothek sowie bei der Entwicklung von Perspektiven für die Pestalozzi-Oberschule hervor. Auch den Wechsel von Kindern zwischen verschiedenen Schulformen wollen wir transparenter gestalten.

Im Nachgang zu den Aktionen der sogenannten „Letzten Generation“, die nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister ausgesetzt worden sind, kam es gestern in der Ratsversammlung zu einer kontroversen Debatte über die Gruppe und ihre Forderungen.

Eine interessante Lektüre und erholsame Osterferien wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus, die am 20. März begonnen haben und bis zum 2. April andauern, lohnt es sich, einen Blick auf die Integrationsbeiräte in unserer Stadt zu werfen. Diese haben sich, seit sie 2008 im Zuge des Lokalen Integrationsplanes geschaffen wurden, als verlässliche Akteure bewährt, die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadt-

Eine Stadt für alle.



teilen abbauen und vor Ort zu Verbesserungen beitragen. Um diese Arbeit zu stärken und besser auf die vielfältigen, sich stetig ändernden Belange unserer Stadtbevölkerung eingehen zu können, wurde auf unseren [Antrag](#) hin das Konzept der Integrationsbeiräte im Zuge des WIR 2.0-Prozess [evaluiert](#) und überarbeitet.

Dabei wurden eigene Wünsche der Integrationsbeiräte genauso wie generelle Weiterentwicklungsvorschläge berücksichtigt. So sollen bei der Besetzung der Gremien besonders jüngere Menschen berücksichtigt, der Vorsitz demokratisch gewählt und die Wahrnehmung und Wertschätzung der Beiräte in den Stadtbezirken verbessert werden. Zu diesem Zweck sollen die Beiräte ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren, wobei sie mit Fortbildungen und Workshops unterstützt werden sollen. Zudem sollen diejenigen Mitglieder, die nicht auch im Stadtbezirksrat sitzen, ein Sitzungsgeld erhalten.

Die Mittel, die den Integrationsbeiräte zur Verfügung stehen, sollen in Zukunft mittels eines zweifachen Schlüssels auf die Stadtbezirke verteilt werden, wobei künftig der Anteil an Einwohner*innen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden soll. Über die Vergabe der Mittel werden weiterhin die Bezirksräte entscheiden.

Diese [Vorschläge](#) müssen nun mit den Bezirksräten diskutiert werden, bevor das Konzept zur Neuorganisation der Integrationsbeiräte dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden wird.

Aus der Ratsversammlung

Eine Aktuelle Stunde zum Thema „Letzte Generation“ stand im Mittelpunkt der [Ratsversammlung](#) gestern. Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich betonte dabei in Anlehnung an unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, dass Demokratie „immer die Bereitschaft, nicht nur eigene Interessen zu sehen, und die Fähigkeit und Ausgleich und zum Kompromiss“ bedeute und verlange. Die Notwendigkeit von Klimaschutz sei ebenso unbestritten wie die Legitimität von Demonstrationen für mehr und schnelleren Klimaschutz. Solche Aktionen fänden allerdings dort ihre Grenzen, wo demokratisch legitimierte Mandatsträger*innen eingeschüchtert oder angegriffen würden, wie dies vor einem Monat in der Regionsversammlung geschehen war. Derartige Störungen stünden vielmehr für Geringschätzung, ja Verachtung der Demokratie. Dies gelte ebenfalls für die Forderung der „Letzten Generation“ nach einem „Gesellschaftsrat“, der in keiner Weise demokratisch legitimiert wäre und durch seine Beschlüsse zudem demokratisch legitimierte Parlamente und Institutionen übergehen können solle: „Hier sollen Grundfesten unserer Demokratie ausgehebelt werden.“ Aus dem Brief unseres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Rolf Mützenich, an Oberbürgermeister Belit Onay zitierend, unterstrich Lars Kelich: „... nur wenn unterschiedliche Interessen einbezogen werden, kann langfristige und tragfähige Akzeptanz erreicht werden. Empathie für Interessensgegensätze ist dabei Grundvoraussetzung für das demokratische Gelingen.“ Das gelte auch für die Klimaschutzpolitik.

Gefragt hatten wir am Anfang der Ratsversammlung nach dem Stand der Umsetzung des [Kleingartenkonzeptes](#), das wir vor sieben Jahren beschlossen hatten. 2019 hatte die Verwaltung von einer Umnutzung von Kleingarten- zu Wohnbauflächen bis auf Weiteres abgesehen, aber die [Modernisierung von Kleingärten](#) weiterhin umsetzen wollen. Auf unsere [Anfrage](#) teilte die Verwaltung nun mit, dass von den hierfür vorgesehenen fünf Millionen Euro bislang nur ein Fünftel ausgegeben worden seien. Genutzt wurde das Geld für Wegesanierungen und ökologische Aufwertungen im Zuge von Umgestaltungsarbeiten sowie den Abriss von baufälligen Vereinsheimen und übergroßen Lauben. Künftig sollen die meisten Mittel in den Abriss solcher Lauben und für die Herrichtung von Parzellen verwen-

det werden, die als Ersatzgärten etwa im Gefolge der Überbauung von Kleingartenanlagen geschaffen werden. Wir werden die Erkenntnisse aus der Anfrage für die weitere Bearbeitung und Fortschreibung des Kleingartenkonzepts nutzen.

Beschlossen haben wir im Rat, dass der [Inklusionspreis](#), der Förderpreis für Inklusion in der Wirtschaft, künftig gemeinsam von Stadt und Region Hannover zu je 10.000 Euro an zwei Preisträger*innen vergeben werden soll. Dadurch sollen sowohl der Wirtschaftsraum der Region Hannover mit der Landeshauptstadt als zentralem Standort als auch die Bedeutung der Inklusion für die Wirtschaft stärker ins Bewusstsein gehoben werden. Der Inklusionspreis dürfte dadurch erheblich an Bedeutung gewinnen.

Um den [Ausbau der Photovoltaik](#) in unserer Stadt zu beschleunigen, haben wir im Rat abschließend entschieden, neben dem vereinbarten Ausbau von PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden auch durch die städtischen Tochterunternehmen verstärkt Solaranlagen auf ihre Dächer bringen zu lassen. Dazu sollen auch jene Firmen angehalten werden, an denen die Stadt und die Region Hannover beteiligt sind. Auf diese Weise soll deutlich mehr Solarenergie gewonnen werden als die 4,5 MWpeak (Megawatt Nennleistung), die derzeit jährlich neu installiert werden. Bis 2035 wären 800 MWp notwendig.

Stadtbibliothek soll Medien bei örtlichen Buchhandlungen kaufen

Etliche Buchhandlungen in den Stadtteilen werden noch von Inhaber*innen geführt. Neben einem Sortiment, das oft nicht dem „Mainstream-Angebot“ der großen Buchhandelsketten entspricht, sondern sich an der Nachfrage aus der Nachbarschaft orientiert, bringen diese Buchläden häufig einen Mehrwert für das jeweilige Quartier: Sie bieten eine fachkundige Beratung, beteiligen sich an Vorleseaktionen und organisieren Lesungen in den Kultureinrichtungen vor Ort. Zudem beliefern einige von ihnen die Stadtbibliothek und deren örtliche Filialen, die Stadtteilbibliotheken.

Da sich in den letzten Jahren die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ankauf von Medien durch Stadtbibliotheken geändert haben, sollte auch Hannovers Stadtbibliothek ihren Ankauf von Büchern und anderen Medien neu organisieren. Dabei bestand die Gefahr, dass künftig nur noch Grossisten die Stadtbibliothek beliefert und die örtlichen Buchhandlungen dadurch eine ihrer verlässlichen Einnahmequellen verloren hätten.



Die Zentrale der Stadtbibliothek an der Hildesheimer Straße.

© LHH/Stadtbibliothek Hannover.

Um eine derartige Existenzgefährdung abzuwenden, haben wir die Verwaltung beauftragt, den [Ankauf von Medien für die Stadtbibliothek](#) so zu organisieren, dass die örtlichen Buchläden in dem Wettbewerb darum weiterhin eine Chance auf den Zuschlag hätten. Dafür soll die sogenannte „Veredelung“, also die Vorbereitung der Medien für die Nutzung in den Bibliotheken durch Laminierung, Registrierung und Kodierung, vom Ankauf getrennt und nach Möglichkeit durch entsprechend qualifizierte soziale Einrichtungen vorgenommen werden. Auf diese Weise sollen die Buchhandlungen nicht nur eine ihre wichtigsten Kundinnen, die Stadtbibliothek, behalten, sondern vor allem als Orte von Kultur und Begegnung in den Stadtteilen erhalten und gefördert werden.

Erweiterung der Pestalozzi-Oberschule

Die Pestalozzi-Schule soll ausgebaut werden; das haben wir vorgestern im Schul- und Bildungsausschuss im Kontext der Beratungen über den [Neubau des Schulzentrums Anderten](#) beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung neuer Schulplätze und modernen Schulraums. Die Erweiterung von einer zweizügigen zu einer dreizügigen Oberschule nach modernen Standards soll den Schüler*innen die Möglichkeit geben, sich individueller zu entfalten. Zugleich wird damit den Bedürfnissen der wachsenden Schulgemeinschaft Rechnung getragen.

Uns war es wichtig, eine realistische Möglichkeit zur (räumlichen) Weiterentwicklung für die Oberschule Pestalozzi auf dem umliegenden Gelände zu eröffnen. Wir haben daher einen [Zusatzantrag](#) gestellt, der die Verwaltung auffordert, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass eine solche Perspektive ein wichtiger Faktor für die langfristige Entwicklung der Schule ist und dabei die Bedürfnisse der Schüler*innen und der Schulgemeinschaft weiterhin berücksichtigt werden können. Außerdem sorgen wir so dafür, dass die Möglichkeit zur Schaffung weiterer Schulplätze frühzeitig in den Blick genommen wird.

Anhörung zu Schulformwechseln

In der Schullandschaft Hannovers sind mit den Real- und Oberschulen, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen alle Schulformen vertreten. Müssen Schüler*innen die Schulform wechseln, kann durch das bisherige Gremium der Schulleitungen, das die Wechsel am Ende des Schuljahres organisiert. Nicht immer kann dieser Übergang pädagogisch sinnvoll und transparent gestaltet werden.

Wir wollen diesen Prozess verbessern und haben deshalb vorgestern eine [Anhörung](#) zu diesem Thema im Schul- und Bildungsausschuss beschlossen. Ziel dieser Anhörung ist es, innovative Lösungsvorschläge für die bestmögliche Vermeidung von Schulformwechseln zu entwickeln. Dafür sammeln wir Erfahrungen aus anderen Städten, die bereits deutlich weiter sind bei der sozialgerechten Entwicklung ihrer Schullandschaft. Von den Expert*innen aus Hamburg, Osnabrück, Göttingen und von der Universität Oldenburg erwarten wir uns neue Perspektiven und Ansätze, um auch hier in Hannover noch einen deutlichen Schritt nach vorn zu machen.

Verabschiedung von Museumsdirektor Thomas Schwark

Vor 25 Jahren trat Thomas Schwark seinen Dienst als Direktor des Historischen Museums Hannover an. Seit neun Jahren leitete er den Verbund der kulturhistorischen Museen unserer Stadt, zu dem neben dem HMH das Museum August Kestner und das Museum Schloss Herrenhausen gehören. Nun geht er in den Ruhestand und kehrt in seine Heimatstadt Lüneburg zurück.

Am vergangenen Dienstag haben wir Thomas Schwark in den Ruhestand verabschiedet. Gewürdigt haben wir seine Verdienste um Hannovers städtische Museen, die er vor allem als Vermittlerinnen von Geschichte in ihren vielen Facetten versteht. Einen Höhepunkt fand diese Arbeit in der Ausstellung „Gastarbeit“ vor zwölf Jahren, an der vor allem Menschen mitgewirkt hatten, die wegen einer Arbeit aus der Fremde in unsere Stadt gekommen waren. Auch die schnelle Reaktion der Museen auf aktuelle Diskussionen, wie in der aktuellen Ausstellung „Von goldenen Kutschen und kolonialer Vergangenheit“, seien ein Ausdruck dessen, Museen nicht nur als Sammlungsorte, sondern als Orte der Vermittlung und des Diskurses zu verstehen.

Schwark selbst bedankte sich für die Unterstützung der Museumsarbeit in Hannover, die ihren vielleicht sichtbarsten Ausdruck in der Verteidigung des (eintritts-)„freien Freitags“ auch in Zeiten knapper Kassen gefunden habe. Hannover bleibe er weiterhin verbunden, und zwar nicht nur durch seine Honorarprofessur an der Leibniz Universität. Beobachten werde er auch, ob die Idee unseres letzten OB-Kandidaten Marc Hansmann weiter verfolgt würde, das Museum August Kestner zu einem Kindermuseum umzugestalten.



*Verabschiedung von Thomas Schwark (r.)
durch unseren Fraktionsvorsitzenden
Lars Kelich.*

Osterferien

Während der Osterferien werden die Gremien des Rates nicht tagen und unsere Geschäftsstelle nur eingeschränkt besetzt sein – hierfür bitten wir um Verständnis. Am 11. April wird unser Fraktionsbüro wieder komplett sein, während die Ausschüsse ab dem 12. April und unsere Fraktion am 18. April wieder tagen werden.

Die nächste Ausgabe von „Fraktion aktuell“ wird voraussichtlich am 28. April erscheinen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

